

## Ein Lockdown für Kinder

Stand: 20.04.2021 | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Andreas Rosenfelder**  
Ressortleiter Feuilleton



„Die Politik dokumentiert ihre tiefe Missachtung für Kinder“, meint Andreas Rosenfelder

Quelle: Claudius Pflug

Die Bundesnotbremse trifft keine Bevölkerungsgruppe so hart wie Kinder und Jugendliche. In der Bundesregierung scheint das keinen zu interessieren. Es ist die überalterte Gesellschaft, die die Lasten des Lockdowns auf die Schultern der Jüngeren legt – mit dramatischen Folgen.

**D**ie deutschen Jugendämter haben einen Alarmruf abgesetzt. Sie erwarten, dass sich die Zahl der Schulabbrecher durch die Corona-Krise (</themen/coronavirus-epidemie/>) verdoppelt. In den von der Pandemie betroffenen Abschlussjahrgängen 2020 und 2021 sei mit jeweils 210.000 jungen Menschen ohne Schulabschluss zu rechnen. Vor Corona lag der Wert bei 104.000 – um es in jener Zahlensprache zu formulieren, die in der Pandemie die einzige Währung zur Thematisierung gesellschaftlicher Probleme geworden ist.

Eine politische Wirkung hatte die Warnung der Jugendämter, die einen „früheren Karriereknick“ auch für Mittelschichtskinder vorhersagten und „über alle Lebensbereiche

hinweg negative Auswirkungen“ der Krise auf Kinder und Jugendliche feststellten, nicht.

Im Gegenteil: Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD (</themen/grosse-koalition/>) hat sich im Streit um das neue Infektionsschutzgesetz darauf geeinigt, die Schulen in Deutschland verpflichtend zu schließen, und zwar ab einer Inzidenz von 165, einem Wert ohne wissenschaftliche Relevanz. Das heißt im Klartext, dass ein großer Teil der Schüler bis zu den Sommerferien kein Schulgebäude betreten wird – und das nach einem Jahr, in dem Unterricht im Klassenraum, mit leibhaftigen Mitschülern, eher die Ausnahme als die Regel war.

Während die Notrufe der Intensivmediziner in Talkshows, Medien und auch im Bundestag (</themen/bundestag/>) verstärkt werden, interessieren die Hilferufe von Jugendämtern und Kinder- und Jugendpsychiatern kaum jemanden. Dabei hinterlassen schon Schulschließungen von wenigen Wochen, das haben Erfahrungen mit bestreikten Schulen in Belgien (</themen/belgien-politik/>) gezeigt, Narben in Bildungsbiografien, bis hin zu einer niedrigeren Lebenserwartung.

In Deutschland aber geht es längst um mehr als ein Jahr. Unter normalen Umständen würde man von einem nationalen Bildungsnotstand sprechen, Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Doch Angela Merkel (</themen/angela-merkel/>) und ihr Kanzleramtsminister Helge Braun scheinen sich zu denken, dass die paar Monate bis zum Sommer bei jener Generation, die gerade wegen Corona unter die Räder kommt, auch keinen großen Unterschied mehr machen. Nichts könnte falscher sein.

## **Tiefe Missachtung der Kinder**

Mit dem neuen Infektionsschutzgesetz dokumentiert die Politik ihre tiefe Missachtung der Kinder. Sie sind die Einzigen, die von der neuen „bundesweiten Notbremse“ wirklich betroffen sind. Die Ausgangssperren, von Anfang an eine eher symbolische Maßnahme, wurden nach der erwartbaren juristischen und wissenschaftlichen Kritik verkürzt und um Ausnahmen für Spaziergänger und Jogger ergänzt. Das Homeoffice bleibt freiwillig, obwohl sich die meisten Menschen auf dem Weg zur Arbeit und bei der Arbeit begegnen – und obwohl fast 70 Prozent der Deutschen immer noch lieber in die Firma kommen, als zu Hause zu arbeiten.

Aber die Kinder, die sich nicht wehren können und keine Lobby haben – sie müssen in den „harten Lockdown“, hier hat man den Schwellenwert sogar von 200 auf 165 gesenkt. Bei den Jüngsten kennt die überalterte Gesellschaft keine Gnade. Das „Methusalem-Komplott“, das Frank Schirrmacher (/themen/frank-schirrmacher/) 2004 beschrieb – es ist längst Realität.

Jeder Ausbruch in einem Altersheim, einer Fleischfabrik, einer Flüchtlingsunterkunft kann künftig sämtliche Schulen des Kreises schließen. Planungssicherheit wird es weder für Kinder, Lehrer noch Eltern geben – und das, obwohl die Schulen nicht stärker zum Infektionsgeschehen beitragen als andere Gesellschaftsbereiche. Die Politik geht – in diesem Fall besonders beschämend – den Weg des geringsten Widerstands.

Manche Politiker behaupten sogar, man würde die Schüler schützen. Sie verweisen auf Fälle von „Long Covid“ bei Kindern und Jugendlichen. Diese sind allerdings selten und unklar. Sie können im Sinne einer Güterabwägung nicht den Ausschlag geben. Denn die Folgen der Schließungen für alle Schüler – ganz besonders für die sozial schwachen unter ihnen – sind längst offensichtlich.

Die Bildungskatastrophe ist da, sie wird mit jeder Woche mit geschlossenen Schulen größer. Kein Politiker, der dieses Gesetz verabschiedet, wird sagen können, Deutschland, die Bildungsrepublik, sei gut durch die Krise gekommen.

---

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1707

NEIN  185

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/230513423>